

Kopie für Dossier: r.B.34.66.Tch.O.  
r.B.34.66.Pol.O.  
r.B.34.66.Ro. O.  
r.B.34.66.Bulg.O.  
r.B.34.66.Youg.O.  
r.B.34.66.Autr.O.

*Handwritten:*  
Herr K...  
dam aa  
16. IV  
for

r.B.34.66.0. - SR.

16. April 1947.

Notiz.

Am 10. April, vormittags 9.00 Uhr und nachmittags 14.15 Uhr, orientierte der Delegierte für Handelsverträge, Herr Dr. Troendle, Vertreter der interessierten Behörden und Wirtschaftskreise, über die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den östlichen Ländern, wie sie sich seit dem Dezember 1946 gestaltet haben (die Sitzung fand im Parlamentsgebäude, Zimmer III, statt).

Für unsere Akten sei folgendes festgehalten:

Die Verstaatlichung der Aussenwirtschaft in den verschiedenen Ländern hat sich bis jetzt für uns nicht als unbedingt nachteilig erwiesen, indem dadurch die Verhandlungen, was die Einfuhr anbelangt, vereinfacht wurden. Gewisse Bedenken für die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen zu östlichen Ländern sind deswegen begründet, weil die Schweiz mit Argentinien einen weitgehenden Vertrag für fünf Jahre für Getreide und Futtermittel abgeschlossen hat, so dass für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dem Osten durch die in grossem Masse unsere Lieferungen bezahlt werden, nur wenig übrig bleibt. Dies verringert naturgemäss die Zahlungsmöglichkeit der Abnehmer unserer Industrie-Produkte im Osten. Damit die schweizerische Industrie nicht Absatzgebiete verliert, müssen Zahlungserleichterungen ins Auge gefasst werden. In diesem Sinne hat uns Schweden durch Kreditgewährungen an Polen ungünstigerweise "vorgearbeitet".

Im Anschluss daran wurden verschiedene kritische Stimmen zur Dollarpolitik laut. Herr Dr. Troendle wies darauf hin, dass nach Weisung des Vorstehers des EVD der Einfuhrseite grösste Aufmerksamkeit zu schenken ist und dass auch das Dollarproblem unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden muss. Jedenfalls müsste das Zugeständnis einer gewissen freien Devisenquote an ausländische Lieferanten als Anreiz zu Lieferungen nach der Schweiz beibehalten werden.

Mit Bezug auf die einzelnen Länder sei folgendes notiert:

./.



## 1. BULGARIEN.

Der Zwischenfall, der sich bei der Umwechslung der bulgarischen Noten der Schweizerischen Gesandtschaft in Sofia ereignete, wird als solcher als erledigt betrachtet. Bulgarien, welches uns nicht viel zu liefern vermag, wird schweizerischerseits nun ein wenig die kalte Schulter gezeigt. Aktuell ist immerhin das Problem der Betriebskosten der Gesandtschaft.

## 2. RUMAENIEN.

Nichts Besonderes. Die Kreditgewährung gegen Hinterlage von Gold geht in Ordnung.

## 3. JUGOSLAWIEN.

Die Jugoslawen möchten die Schweiz in hohem Masse zur Verwirklichung ihres Fünfjahresplanes einspannen. Als Gegenleistung kämen grössere jugoslawische Warenlieferungen in Frage, von denen in erster Linie Holz für die Schweiz interessant ist. Die zurzeit in der Schweiz weilende Delegation hat sich davon überzeugen müssen, dass die Möglichkeiten für schweizerische Maschinenlieferungen sehr beschränkt sind und dass zu ihrem Leidwesen auf die Zahlungsfrage schweizerischerseits grosses Gewicht gelegt wird. Der Jugoslawische Gesandte, Ristic, hat sich am 2. April bei Herrn Bundesrat Stampfli darüber beklagt. Der Chef des EVD wies bei dieser Gelegenheit ausdrücklich auf die Wichtigkeit hin, die schweizerischerseits der Frage unserer Investitionen in Jugoslawien beigemessen wird.

Da Jugoslawien für die Schweiz immerhin auf Jahre hinaus interessante Absatzmöglichkeiten für Maschinen bietet, ist das Einvernehmen mit diesem Staat wieder herzustellen.

## 4. TSCHECHOSLOWAKEI.

Der Warenverkehr ist in vollem Gange. Die Tschechen besitzen in der Schweiz grössere Disponibilitäten. Herr Legationsrat Hofer berichtete über die Verhandlungen mit Herrn Minister Niederle vom 1. bis 3. April 1947.

## 5. OESTERREICH.

Nach Abschluss des Staatsvertrages mit den Alliierten wird Oesterreich mit der Schweiz Wirtschaftsverhandlungen verlangen. Zurzeit steht die Frage der Stromlieferungen durch die ILL-Werke im Vordergrund. Die Nordostschweizerischen Kraftwerke stehen mit diesen in Verhandlungen.

Am 11. April vormittags kam dann POLEN zur Sprache.  
Die Lage lässt sich wie folgt charakterisieren:

Während die Schweiz vor einem Jahr noch Bedenken hatte, sich für längere Zeit vertraglich zur Abnahme von polnischer Kohle zu verpflichten, sind wir heute völlig auf diese angewiesen. Andere Bezugsmöglichkeiten bestehen gegenwärtig und in naher Zukunft nicht. Andererseits haben die Schweden den Polen verschiedene Vorteile eingeräumt, nämlich Gewährung eines Kredites und Leistung von 40% der Zahlungen in freien Devisen, die nicht ohne Rückwirkungen auf die schweizerische Position bleiben werden.

Der Kohlenvertrag mit Polen funktioniert befriedigend. Es ist aber damit zu rechnen, dass die polnischen Kohlenpreise steigen werden und Polen, seiner Stärke bewusst, von schweizerischer Seite verschiedene Konzessionen verlangen wird. Bei den nächsten Verhandlungen in Warschau (Mai 1947) wird das Kohlenproblem im Vordergrund stehen.

---

*fdh*